



ACHTUNG VIDEOÜBERWACHUNG

Verantwortlicher

Reiterverein Karlsruhe e.V.

Im Langbruch 1

76149 Karlsruhe

E-Mail: geschaeftsstelle@rv-karlsruhe.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO

Berechtigte Interessen, die verfolgt werden

Schutz des Eigentums, Vermeidung und Aufklärung von Straftaten (insbesondere Diebstahl und Vandalismus) sowie zur Beweissicherung von Straftaten und Wahrnehmung des Hausrechts

Speicherdauer

Die gespeicherten Aufzeichnungen werden regelmäßig überschrieben, eine Löschung findet spätestens nach 14 Tagen statt, insofern zur Beweissicherung keine weitere Speicherung nötig wird.

Weitere Informationen, insb. auch zu Ihren Betroffenenrechten

- als Ansicht unter:

<https://www.rv-karlsruhe.de/video>

(siehe auch nebenstehender QR-Code)

- Als Aushang am Schwarzen Brett im Hallenvorraum



ACHTUNG VIDEOÜBERWACHUNG



Empfänger oder Kategorien von Empfängern der Daten

Innerhalb unseres Hauses erhalten diejenigen Stellen bzw. Organisationseinheiten Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Bearbeitung und Umsetzung unseres berechtigten Interesses benötigen.

Eine Datenübermittlung der Aufzeichnungen an Dritte (z.B. Polizei) findet nur statt, wenn dies zur Aufklärung von Straftaten erforderlich ist.

Hinweis auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft gem. Art. 15 DSGVO.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat gegenüber dem Verantwortlichen das Recht auf Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten, wenn einer der in Art. 17 DSGVO aufgeführten Gründe zutrifft.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Bearbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO iVm 19 BDSG). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedsstaat ihres Aufenthaltsortes, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. Hier zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG.